

Der Feststellungsanspruch

Ein Beitrag zur Lehre vom Rechtsschutzanspruch

Von
Adolf Wach



Duncker & Humblot *reprints*

Der Feststellungsanspruch.



Der
Feststellungsanspruch.

Ein Beitrag
zur Lehre vom Rechtsschutzanspruch.

Von
Adolf Wach.

Sonderabdruck
aus der Festgabe der Leipziger Juristenfakultät für B. Windscheid
zum 22. Dezember 1888.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1889.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
I. Die Theorien über die Natur des Feststellungsanspruchs . .	4—15
II. Der Feststellungsanspruch ein Rechtschutzanspruch	15—33
III. Feststellungsklage und Verurteilungsklage	34—44
IV. Der Gegenstand der Feststellung	44—51
V. Das Feststellungsinteresse	51—66

Der unscheinbare Paragraph 231 der Civilprozeßordnung bedeutete für viele deutsche Gebiete eine tiefgreifende Neuerung. Er erweiterte den Rechtsweg in richtigem Verständnis für die Bedürfnisse des Rechtslebens. Die Praxis hat sich seiner eifrig bemächtigt. Man darf das Gesetz zu den wichtigsten Bestimmungen der an Reformen so reichen und für die Entwicklung der Rechtspflege so heilsamen Civilprozeßordnung rechnen. Seine Form läßt über seinen Zweck und Willensinhalt keinen Zweifel. Nur die unvermeidliche Allgemeinheit des Kriteriums des „rechtlichen Interesses“ an alsbaldiger Feststellung scheint der Auslegung des § 231 ernstere Schwierigkeit zu bereiten. Und dennoch hat dieses Gesetz ein wissenschaftliches Problem, wenn nicht geschaffen, so doch in den Vordergrund gedrängt. Wir haben die Feststellungsklage in das System der Rechtsschutzmittel einzureihen, sie in das richtige Verhältnis zu den Klagen — wie man sich auszudrücken beliebt — auf Leistung oder Verurteilung zu stellen. Wir haben sie in Einklang zu setzen zu dem Begriffe des Klagerechts, als dessen eine wichtige Erscheinungsform sie auftritt. So wird sie zum Prüfstein der Richtigkeit und Anwendbarkeit der hergebrachten Begriffe. Bisher ist ein Einverständnis über das Wesen der Feststellungsklage und die sie von ihrer Schwester, der Verurteilungsklage unterscheidenden Merkmale noch nicht erzielt. Wichtiges und Falsches ist gesagt. Aber die Aufgabe ist ungelöst, so lange noch nicht in einer bis auf die Grundbegriffe zurückgehenden, alle Verzweigungen aufdeckenden Weise der innere Zusammenhang der Rechtsmittel in prozeßualer und materiellrecht-

licher Beziehung klargelegt ist. In den folgenden Zeilen will ich im Anschluß an Gedanken, welche ich in meinem Handbuch des deutschen Civilprozeßrechts ausgesprochen habe, einen bescheidenen Beitrag zur Lösung des Problems zu geben versuchen.

I.

Die Theorien über die Natur des Feststellungsanspruchs.

1. Die Motive zur Civilprozeßordnung in der Fassung des zweiten und dritten Entwurfs haben bekanntlich einen privatrechtlichen Feststellungsanspruch aufgestellt. Er soll Auerkennungsanspruch sein. Sie sagen:

„wenn das Gesetz neben der Klage auf die dem Rechtsverhältnisse entsprechende Leistung eine Klage auf Feststellung einräumt, so erkennt es damit an, daß aus dem Rechtsverhältnisse neben dem Anspruche auf Leistung ein weiterer selbständig verfolgbarer Anspruch auf Feststellung erwächst. Wie der Anspruch auf Leistung, so kann auch der Anspruch auf Feststellung verletzt werden — und nur, wenn er verletzt ist, liegt Anlaß zur Erhebung einer Klage auf Feststellung vor.“

Der Verfasser der Motive rechtfertigt damit das Fehlen der Worte „ohne vorangegangene Rechtsverletzung“ im Gesetzesentwurf. Er geht von der Vorstellung aus, daß der sog. Feststellungsanspruch auf einer Stufe steht mit dem Leistungsanspruch. Beide sollen aus dem materiellen Recht, dem Rechtsverhältnis entspringen, beide Unterarten des allgemeineren Begriffs des privatrechtlichen Anspruchs bilden. Ausdrücklich wird § 231 für ein Gesetz erklärt, welches im Civilgesetzbuch seinen richtigen Platz hätte¹⁾. Damit

¹⁾ Die Motive des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs Bd. I. S. 359

wäre die Harmonie des Ganzen hergestellt. Welcher Inhalt dem Feststellungsanspruch zukommen soll, wird nicht entwickelt. Doch nötigen frühere Äußerungen der Motive des § 231 (223) zu der Annahme, daß an einen Anspruch auf Anerkennung gedacht werde. Denn sie verweisen auf das für die Anerkennungslehre Epoche machende Werk D. Bährs und sprechen von „Klagen auf Anerkennung, auf Feststellung von Rechtsverhältnissen“ in einem Sinne, welcher erkennen läßt, daß man beides für begrifflich gleichwertig hält.

Motivenanbeter sind nun befriedigt. Für solche, welche in den Motiven einen maßgebenden Ausdruck des gesetzgeberischen Gedankens finden, steht es jetzt fest, daß § 231 ein materielles Recht auf Anerkennung im Falle des rechtlichen Interesses giebt, daß dieses Recht verletzbar ist und in der Klage auf Feststellung verfolgt wird. So lehren manche²⁾ und finden eine Stütze in der weitverbreiteten Anschauung, daß jede Klage das Geltendmachen von Rechten, materiellen Ansprüchen sein müsse, und in den partikularrechtlichen Vorschriften, welche Klagen auf Anerkennung zuließen. Auch die Praxis ist, scheint es, zum Teil von jenen Vorstellungen beherrscht, denn immer wieder erscheinen Klagen, welche, gestützt auf § 231, die Beurteilung zur „Anerkennung“ erbitten, und Urteile, welche schuldig sprechen „anzuerkennen“.

Es wäre müßig, an dieser Stelle noch einmal den zweifellos richtigen Satz ausführen zu wollen, daß die Motive der CPD. keine

begründen das Schweigen desselben über die Nativität der Klagen damit, daß „thatsächlich“ die CPD. bereits genügende Stellung zur Frage genommen habe.

²⁾ Die Motive des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs Bd. I S. 291 fagen: „nicht unter den Anspruchsbegriff im Sinne des Entwurfs fällt das Recht auf Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines rechtlichen oder thatsächlichen Verhältnisses durch richterlichen Spruch (CPD. § 231). Gegenstand dieses Rechts ist nicht eine Leistung.“ Sie fahren fort: „Die CPD. steht in letzterer Hinsicht auf einem abweichenden Standpunkte; die Motive zu § 223 des Entwurfs werden von dem Gedanken eines der Feststellungsklage zu Grunde liegenden Anspruchs beherrscht.“ — Aber sind denn die Motive das Gesetz? Wenn zum Schluß in Parenthese hinzugefügt wird: „vgl. auch § 293 der CPD.“, so werde ich mich mit diesem Citat bei anderer Gelegenheit auseinanderzusetzen haben.